



Dr. Doeblin
Gesellschaft für
Wirtschaftsforschung mbH

Info Snippet 12/14

30. Juli 2012

Wirtschaftskompetenz: Bundesregierung mit Reputationsgewinn bei Wirtschaftsjournalisten

Umfrage: Grüne verlieren, FDP erholt sich

Die Bundesregierung hat ihren Ansehensverlust in der Wirtschaftspublizistik von 2011 wettgemacht und genießt für ihre Wirtschaftskompetenz wieder das Vertrauen von mehr als der Hälfte der Wirtschaftsjournalisten. Auch die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD können gegenüber dem Vorjahr aufholen, ohne aber das Ansehen der Bundesregierung zu erreichen. Dies belegt die Jahresumfrage des Wirtschaftsforschungsinstituts Dr. Doeblin, das 250 Wirtschaftsjournalisten nach der Qualität der Vorschläge von Politik und Verbänden befragt hat.

Freuen kann sich die FDP. Nach einem kontinuierlichen Ansehensverlust von 2008 bis 2011 hat sich die Reputation der FDP-Bundestagsfraktion bei Wirtschaftsjournalisten wieder etwas erholt. Ein knappes Viertel der Wirtschaftsjournalisten bestätigt nun den Liberalen im Bundestag „konstruktive und qualifizierte Lösungsbeiträge“. 2011 waren nur noch 16 Prozent der Wirtschaftsjournalisten von der Wirtschaftskompetenz der FDP überzeugt. Möglich, dass der Widerstand der FDP gegen die Schlecker-Unterstützung ihrem Ansehen bei Wirtschaftsjournalisten genutzt hat. Allerdings erreicht die Partei auch in der aktuellen Umfrage noch nicht wieder das Ergebnisniveau von vor 2010.

Reputationsverluste müssen die Grünen hinnehmen. Sie können die sehr guten Ergebnisse der Jahre 2010 und 2011 nicht wiederholen, als fast die Hälfte der Journalisten der Umweltpartei Anerkennung für ihre Wirtschaftskompetenz zollten. Die Grünen haben wohl nicht die wirtschaftspolitische Qualität geliefert, die sich die Wirtschaftspublizistik von ihnen versprach. Bemerkenswert allerdings, dass sie auch in 2012 immer noch über mehr Ansehen bei Wirtschaftsjournalisten als die FDP verfügen.

Die Wirtschaftsverbände – vor allem der BDI und der DIHK – genießen unverändert ein höheres Ansehen bei Wirtschaftsjournalisten als die Gewerkschaften.

Studienleiter Prof. Doeblin bezeichnet das Ergebnis der Umfrage als Beleg für die „trotz der Währungsunruhen stabile Reputation der Bundesregierung“. Der Opposition, so Doeblin, sei es „bislang nicht gelungen, das Vertrauen großer Teile der Wirtschaftspublizistik in die Kompetenz der Bundesregierung zu erschüttern“.

Geschäftsführer: Prof. Dr. Jürgen Doeblin
Amtsgericht Fürth/Bay. HRB 7618
St.-Nr. 216/124/80068
Bankverbindung:
Vereinigte Raiffeisenbanken
Konto Nr. 64 480 46
BLZ 770 694 61

90562 Heroldsberg
Großgeschaidt 179
Telefon 09126-84 33
Fax 09126-80 05
doebelin@wp-online.de
<http://www.wp-online.de>



Fragentext:

Gegenwärtig steht die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland auf der politischen Tagesordnung. Wie schätzen Sie die Rolle wesentlicher politischer Instanzen bei der Diskussion über dieses Thema ein?

Bitte kreuzen Sie jeweils an, wo Sie meinen: diese Institution hat konstruktive und qualifizierte Lösungsbeiträge geliefert.

(Mehrfachangaben möglich)

Politische Instanzen

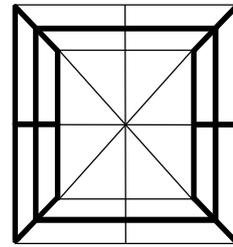
Bundesregierung
Bundestagsfraktion CDU/CSU
Bundestagsfraktion SPD
Bundestagsfraktion FDP
Bundestagsfraktion Die Linke
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Unions-regierte Bundesländer
SPD-regierte Bundesländer

Wirtschaftsverbände

Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)
Gesamtmetall
Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)

Gewerkschaften

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
IG Bergbau, Chemie, Energie
IG Metall
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di



	1998 a	2005 b	2007 c	2008 c	2009 c	2010 a	2011 a	2012 a
Politische Instanzen <i>Alle Angaben in Prozent</i>								
Bundesregierung	44	53	65	46	68	51	42	57
Bundestagsfraktion CDU/CSU	34	34	46	40	47	40	36	41
Bundestagsfraktion SPD	27	23	29	22	30	29	26	33
Bundestagsfraktion FDP	34	28	32	44	38	19	16	23
Bundestagsfraktion Die Linke	-ne-	-ne-	6	4	4	4	5	5
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	12	24	21	22	25	37	46	29
Unions-regierte Bundesländer	38	39	32	28	23	23	25	26
SPD-regierte Bundesländer	28	16	16	13	12	14	20	23
Wirtschaftsverbände								
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)	59	47	46	49	45	50	52	51
Bundesvereinigung d. Dt. Arbeitgeberverbände (BDA)	37	28	24	19	20	18	19	23
Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	46	39	39	39	34	40	38	40
Gesamtmetall	23	13	14	15	15	16	15	22
Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)	28	24	23	25	26	23	28	29
Gewerkschaften								
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)	34	19	21	20	27	36	25	29
IG Bergbau, Chemie, Energie	29	22	19	20	14	18	19	21
IG Metall	27	12	13	16	21	24	22	27
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di	-ne-	16	14	18	17	18	19	19

a Union-FDP-Koalition
b Rot-grüne Koalition
c Große Koalition

-ne- = nicht enthalten

Anmerkung: Ergebnisse 1996, 1997, 1999 – 2004 und 2006 aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht aufgeführt.

Die Umfragen fanden jeweils im Mai/Juni eines Jahres statt. Die Stichprobengrößen liegen zwischen 250 bis 300 Teilnehmern.

Link dieses Info Snippets: <http://www.wp-online.de/snippet/12/14.pdf>

Copyright 2012 Dr. Doebelin Gesellschaft für Wirtschaftsforschung mbH, Heroldsberg